

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Sütten- und chemischen Industrie

Ercheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1,50 M. Einzelnenpreis die Hefepost. Millimeterzelle für Arbeitshefte 75 Pfg., Geldzettel- und Erlaubnisse 1 M.

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Stapelhof 17. Fernruf 8386-07. Schluß der Redaktion: Samstag, morgens 11 Uhr. Anzeigen und Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Nummer 35

Duisburg, den 28. August 1920

21. Jahrgang

Unsere neunte Generalversammlung

Bekanntmachung des Vorstandes

Die Verbandsgeneralversammlung in Essen hat nachstehende Änderungen im Beitrags- und Unterstützungsbesen ohne Vorklausuren beschlossen. Es sind an die Hauptklasse abzuführen:

- Von der ersten Beitragsklasse 2,80 M. pro Woche,
- von der zweiten Beitragsklasse 2,20 M. pro Woche,
- von der dritten Beitragsklasse 1,20 M. pro Woche,
- von der vierten Beitragsklasse 0,50 M. pro Woche.

Erwerbslosen-Unterstützung wird gewährt, in der ersten Klasse:

- von 52 bis 156 Wochen Mitgliedschaft 12 M. pro Woche,
- von 156 bis 260 Wochen Mitgliedschaft 13 M. pro Woche,
- von 260 bis 364 Wochen Mitgliedschaft 15 M. pro Woche,
- von 364 bis 468 Wochen Mitgliedschaft 18 M. pro Woche,
- von 468 bis 624 Wochen Mitgliedschaft 21 M. pro Woche,
- von 624 bis 780 Wochen Mitgliedschaft 24 M. pro Woche,
- von 780 bis 936 Wochen Mitgliedschaft 27 M. pro Woche,
- von 936 bis 1092 Wochen Mitgliedschaft 30 M. pro Woche,
- von 1092 bis 1248 Wochen Mitgliedschaft 33 M. pro Woche,
- über 1248 Wochen Mitgliedschaft 36 M. pro Woche.

In der zweiten Klasse:

- von 52 bis 156 Wochen Mitgliedschaft 10 M. pro Woche,
- von 156 bis 260 Wochen Mitgliedschaft 11 M. pro Woche,
- von 260 bis 364 Wochen Mitgliedschaft 13 M. pro Woche,
- von 364 bis 468 Wochen Mitgliedschaft 16 M. pro Woche,
- von 468 bis 624 Wochen Mitgliedschaft 19 M. pro Woche,
- über 624 Wochen Mitgliedschaft 22 M. pro Woche.

Die dritte Klasse erhält drei Viertel der Unterstützung der zweiten Klasse.

Die vierte Klasse erhält die Hälfte der in der zweiten Klasse gewährten Unterstützung.

Streik- und Maßregelungsunterstützung wird gewährt pro Woche:

- | von | bis | Wochen Mitgliedschaft | led. | berh. |
|---------|---------|-----------------------|-------|-------|
| von 26 | bis 156 | Wochen Mitgliedschaft | 38 M. | 44 M. |
| von 156 | bis 260 | Wochen Mitgliedschaft | 40 M. | 46 M. |
| von 260 | bis 364 | Wochen Mitgliedschaft | 43 M. | 49 M. |
| von 364 | bis 468 | Wochen Mitgliedschaft | 46 M. | 52 M. |
| von 468 | bis 624 | Wochen Mitgliedschaft | 50 M. | 56 M. |
| von 624 | bis 780 | Wochen Mitgliedschaft | 54 M. | 60 M. |

Hierzu für jedes Kind 3 M. bis zum Höchsttag von 78 M. pro Woche.

In der zweiten Beitragsklasse

- | von | bis | Wochen Mitgliedschaft | led. | berh. |
|---------|---------|-----------------------|-------|-------|
| von 26 | bis 156 | Wochen Mitgliedschaft | 30 M. | 36 M. |
| von 156 | bis 260 | Wochen Mitgliedschaft | 32 M. | 38 M. |
| von 260 | bis 364 | Wochen Mitgliedschaft | 35 M. | 41 M. |
| von 364 | bis 468 | Wochen Mitgliedschaft | 38 M. | 44 M. |
| von 468 | bis 624 | Wochen Mitgliedschaft | 41 M. | 47 M. |
| von 624 | bis 780 | Wochen Mitgliedschaft | 44 M. | 50 M. |

Für jedes Kind 3 Mark bis zum Höchsttag von 68 M. pro Woche.

In der dritten Klasse werden drei Viertel, in der vierten Klasse die Hälfte der Unterstützungen der zweiten Beitragsklasse gewährt.

Die Umzugsunterstützung beträgt:

- | | |
|---------------------------------|--------|
| Nach einjähriger Mitgliedschaft | 40 M. |
| nach zwei Jahren | 55 M. |
| nach drei Jahren | 70 M. |
| nach vier Jahren | 85 M. |
| nach fünf Jahren | 100 M. |
| nach sechs Jahren | 120 M. |
| nach sieben Jahren | 140 M. |
| nach acht Jahren | 160 M. |

Die erhöhten Unterstützungen treten mit dem 1. Oktober, die Abführung der erhöhten Beiträge an die Hauptklasse mit dem 1. September 1920 in Kraft.

Wieber,
Verbandsvorsitzender.

Eröffnungs- und Begrüßungsakt

Im Städtischen Saalbau in Essen begann am Sonntag, den 15. August, nachmittags 3 Uhr, die neunte Generalversammlung des Christlichen Metallarbeiterverbandes. Eine erhebende Stimmung lag über den rund 120 Delegierten, die aus allen Gegenden Deutschlands, aus Nord und Süd, aus dem abgeplatteten Osten und aus dem bedrückten Saargebiet herbeigekommen waren, um über die weitere Kräftigung des Verbandes, über unsere Haltung zu den wichtigsten Problemen der Zeit Stellung zu nehmen.

Im Auftrage der Verwaltungsstelle Essen begrüßte Kollege H. Strund die Delegierten in der Stadt der Arbeit und ließ sie herzlich willkommen sein. Er wies auf den ungeheuren Wechsel der Zeit hin, in der wir stehen, auf den Niedergang, und sprach die Hoffnung aus, daß die christliche Metallarbeiterschaft als einer der ersten Faktoren mitwirken könne an der Hebung des eigenen Standes und am Wiederaufbau des Vaterlandes.

Dann ergriff unser Verbandsvorsitzender, Kollege Franz Wieber, das Wort und begrüßte zunächst die zahlreich erschienenen Gäste, den Reichspostminister Giesberts, Reichstagsabgeordneten Kollegen Schirmer, die Landtagsabgeordneten Martin (Gesamtverband evangelischer Arbeitervereine) und Stielor, als Vertreter der Stadt Essen den Herrn Abgeordneten Dr. Meurer; vom deutschen Gewerkschaftsbund Kollege Bredemann; vom Gesamtverband christl. Gewerkschaften Kollege Kaiser; Schriftleiter Kollege Elfes (Gladbach) vom Gesamtverband kathol. Arbeitervereine Westdeutschlands; Weber von der Reichszentrale deutscher Konjunkturvereine; Kollege Mühr vom Bezirksverband der kathol. Arbeitervereine, Essen-Mühlr; von den ausländischen Bruderorganisationen aus Holland als Vertreter des r. l. Metallarbeiterverbandes, der Herr geistliche Beirat Midlinghoff, der Vorsitzende Schaaper, der Schriftleiter Welling; vom christl. Metallarbeiterverband die Kollegen Elrbout und Grotenhuis vom österr. christlichen Metallarbeiterverband, Kollege Waldsam und vom schweizerischen christlichen Metallarbeiterverband Kollege Heil.

Bei der Begrüßung der Gäste wies Kollege Verbandsvorsitzender Wieber besonders hin auf das Verhältnis zwischen christlichen Gewerkschaften und konfessionellen Arbeitervereinen und bemerkte, daß der christliche Metallarbeiterverband stets mit den christlichen konfessionellen Vereinen in treuer Waffenbrüderschaft gestanden hat und sprach die Hoffnung aus, daß es auch in Zukunft so bleiben solle und fuhr fort:

Wir sind in heutiger Zeit mehr wie je, auf gegenseitige Unterstützung angewiesen. Wenn jeder Teil auf seinem Gebiet das Beste zu leisten bestrebt ist, haben wir dem Vaterlande wie dem Arbeiterstand den besten Dienst erwiesen. Die konfessionellen Vereine haben gerade in heutiger Zeit eine große Aufgabe zu erfüllen, die weniger auf materiellem, als auf geistigem, religiösen Gebiete liegen. Soll Deutschland aus dem Sumpf, wo es sich gegenwärtig befindet, wieder heraus, dann ist erste Voraussetzung Erneuerung der Gesinnung, die nicht auf dem Boden der modernen Philosophie und materialistischen Weltanschauung, sondern nur im lebendigen christlichen Glauben liegt.

Nur aus einer echten religiösen Überzeugung erwachsen die Tugenden des wahren echten Gemeinnsinns, Nächstenliebe und Pflichttreue, die heute mehr denn je notwendig sind. Ich wünsche, daß alle unsere Mitglieder auch ihrem konfessionellen Verein angehören möchten, wie ich umgekehrt wünsche, daß alle konfessionellen Vereinsmitglieder den christlichen Gewerkschaften angehören. Wir sind zwar gegenüber den sozialdemokratischen Organisationen eine Minderheit, aber wenn diese beiden großen Organisationszweige treu zusammenhalten, dann wird die christliche Arbeiterbewegung den Sauerteig bilden, um die vielfach in die Irre gehende deutsche Arbeiterschaft wieder auf gesunde Bahnen zurückzuführen.

Darauf brachte der Verbandsvorsitzende eine Anzahl Telegramme und Schreiben zur Verlesung, die aus Anlaß der Generalversammlung eingelaufen waren. Kollege Staatsminister Stegerwald wünschte in einem herzlichen Schreiben der neunten Generalversammlung besten Erfolg und bedauerte, daß er dringender anderer Verhältnisse wegen an der Generalversammlung nicht teilnehmen konnte.

Darauf fuhr der Verbandsvorsitzende in seiner von hohen Gesichtspunkten getragenen Eröffnungsrede fort:

Als wir vor zwei Jahren zum letzten Male auf unserer Generalversammlung in Duisburg beisammen waren, trugen wir uns noch mit großen Hoffnungen für die Zukunft unseres Volkes, unseres Vaterlandes und auch des Arbeiterstandes. Vier Jahre lang hatten die deutschen Heere gegen eine ungeheure Uebermacht mit unergleichlicher Tapferkeit gekämpft, die ihresgleichen kein Beispiel aufweist in der Geschichte. Auf allen Schlachtfeldern Europas und in drei Weltteilen waren sie siegreich. Rußland, der gewaltige Koloss, war zum Frieden gezwungen. Wir konnten nach Lage der Dinge hoffen, daß, wenn Deutschland auch nicht restlos Sieger blieb, so doch auch der Krieg nicht mit einer Niederlage enden würde.

Es ist anders gekommen! Das deutsche Volk hatte sich irre machen lassen und den Sirenen gesungen der Feinde geglaubt. Was wurde dem deutschen Volke alles vorgetäuscht. Erst waren es die 14 Punkte Wilsons, die keine Sieger und keine Besiegten hinterlassen sollten. Völkerbund und ewiger Friede war das Versprechen. Nicht dem deutschen Volke wollte man etwas, sondern nur dem Kaiserthum, dem Militarismus, der ostelbischen Junkerherrschaft. Nur für Freiheit, Demokratie und Menschenrechte kämpften angeblich die Feinde. So wurde es in Millionen Flugblättern an der Front verbreitet und so wurde in zahlreichen Presseorganen in der Heimat verkündigt.

Un Volkserhebung und Untergrabung des monarchischen Gefühls und der Autorität wurde alles geleistet. Jeder Lebensmittelangel wurde benutzt, um Demonstrationen und Volksaufmärsche zu veranstalten, und die Unzufriedenheit zu schüren. Es war die Vorbereitung zur Revolution. Gewiß hatte die Not und die ungeheure Entbehrung, hervorgerufen durch die Blockade, das deutsche Volk zermürbt. Aber erst die bewußte in Volk und Heer hineingetragene Revolutionierung haben beiden das Rückgrat gebrochen. Die Revolution war das größte Unglück, sie hat die Niederlage vollendet und das deutsche Volk vollends in den Abgrund des Verderbens gestürzt.

Wir stehen jetzt vor den Trümmern unseres Vaterlandes. Unsere Feinde haben uns einen Gewaltfrieden auferlegt ohne gleichen. Als Arbeitsflaven sind wir gezwungen, auf Generationen für unsere Feinde Fronddienste zu leisten. Diese Tatsache wird durch alle Weltrevolutionssphären nicht geändert. Die Hoffnung breiter Massen auf die Internationale hat kläglich Schiffbruch gelitten. Wir haben wohl sozialistische Kundgebungen für das bolschewistische Rußland, aber keine zu Gunsten Deutschlands vernommen. Im Gegenteil, die deutschen Sozialisten werden angeklagt und sie sagen Vater peccabi. So wird dem sozialistischen deutschen Arbeiter für die Revolution gedankt.

Unsere Lage fällt in die Zeit des tiefsten Niedergangs und des wirtschaftlichen Zusammenbruchs. Trotzdem scheint ein großer Teil des Volkes dieses noch nicht zu erkennen. Man spielt und tanzt, geht ins Kino und Theater und kümmert sich nicht, was der morgige Tag bringt. Revolutionsgewinnler, Schieber- und Wuchertum blüht, und führt ein ärgerlicheres und schmerzlicheres Leben und die breite Masse des Volkes darbt. Mittlerweile sucht man das Volk mit Schlagworten zu betäuben, wie Freiheit, Demokratie, Selbstbestimmung, freie Wahl dem Mächtigen, Kampf gegen Kapitalismus usw. In dessen ist das Volk noch nie so ausgebeutet worden, wie in dieser Revolutionsperiode. Nicht einige großkapitalistische Unternehmungen, sondern hunderttausende Wampyre haben das Volk wie mit einem Netz umzogen und saugen ihm Blut und Mark aus den Knochen. Ehrlichkeit und Rechtchaffenheit in Handel und Wandel, Sinn für das Gemeinwohl ist verloren. Ein Mammongeist herrscht wie er noch nie zu verzeichnen war. Unser ganzes Wirtschaftsleben liegt darnieder und steht auf einem toten Punkt.

Die Situation ist sehr ernst und es wäre leichtfertig, davor die Augen zu verschließen. Doch wollen wir nicht den Mut verlieren. Allen, die es mit Volk und Vaterland ernst meinen, ohne Unterschied der Partei, müssen zusammenstehen, um den Zuständen Einhalt zu gebieten und zu bessern. Es müssen wieder die sittlichen Kräfte geweckt, das Gemeinwohl in den Vordergrund gestellt, die unerblichen Elemente im Handel und Wandel ausgemergelt werden. Eine Erneuerung in Gesinnung und

Wagts nach den alten guten christlichen Grundsätzen von Redlichkeit und Pflichttreue ist mit allen Kräften zu erstreben, dann wird auch trotz allem ein Wiederaufbau des Vaterlandes, der Gesellschaft und Wirtschaft möglich sein. Wir christlichen Metallarbeiter wollen hierzu die Hand reichen.

Wir tagen hier in einer Stadt der Arbeit, einer eigentlichen Metallarbeiterstadt. Hier haben wir ein Ziel vor uns, wie aus kleinen Anfängen, unter unjählichen Mühen, aber mit Energie, Tätigkeit und Ausdauer einzelner Personen Großes entstehen konnte. Die Geschichte des Werkes Krupp führt in die kleine Werkstatt eines Schmiedemeisters, der zu Anfang des vorigen Jahrhunderts mit 3-4 Gesellen sich abmühte und fast ein halbes Jahrhundert gerungen hat, bis sich ein nennenswerter Erfolg einstellte. Wer heute solche Meisterwerke besieht, soll nicht bloß gegen Individualismus und Kapitalismus donnern, sondern auch der Mühen und Sorgen jener gedenken, die es möglich machten, daß zehntausende Arbeiter, Arbeit und Brot fanden, die im anderen Falle hätten auswandern müssen. Wer sich etwas in die Geschichte und Werdegang unserer Metallindustrie vertieft, der wird der alten Pionieren wie Krupp, Maier, dem Gründer des Bochumer Vereins, Hartort, Dianendahl, Thyssen usw. mit Hochachtung gedenken. Sie waren es, die die Grundlage für unsere vor dem Kriege so mächtige Eisenindustrie, die mehr als 2,5 Millionen Menschen beschäftigte, geschaffen haben. Nicht als Millonäre, sondern als einfache Männer der Arbeit, die den Hammer geschwungen haben, machten sie den Anfang. Es ist ja das Wort des alten Krupp bekannt, das er dem Kaiser Wilhelm I. gegenüber gebraucht hat: Er wolle lieber der erste Arbeiter, als der letzte Graf sein. Es waren harte, selbstbewusste Männer, die nur den einen großen Fehler hatten, daß sie nicht den richtigen Koneg mit ihren Arbeitern gefunden hatten.

Das hat sich inzwischen geändert und auch unsere Großindustrie hatte sich schon vor Ausbruch der Revolution zur Arbeitsgemeinschaft bereitgefunden, was wir mit Freuden begrüßt haben. Welche Entwicklung unsere Eisen- und Metallindustrie in der Zukunft haben wird, läßt sich heute noch nicht bestimmt voraussagen. Wir tagen hier auch in einer Stadt, die die christliche Arbeiterschaft zuerst schon zu Anfang der siebziger Jahre sich gewerkschaftlich wie politisch betätigte.

Essen sandte den ersten christlichen Arbeitervertreter an den Deutschen Reichstag in der Person des Metallarbeiters Stöbel, dessen Nachfolger Kollege Giesberts geworden ist.

Auch entstanden zu gleicher Zeit Organisationen der Stein-, Holz- und Metallarbeiter, mit bezug auf den 152 der Gewerbeordnung; sie waren somit als Gewerkschaften anzupprechen; die sich die Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zum Ziel setzten. Leider hatten sie nur eine sehr kurze Dauer (wegen dem Sozialistengesetz) und haben dann als Krankenkassen ihr Dasein gestiftet.

Essen war es auch, wo die christlichen Arbeiter die erste christliche Arbeiter-Tageszeitung „Der Volksfreund“ gegründet hatten. Heute wollen wir auch einmal der Alten gedenken (Stöbel, Donath, Tries, Rosenkranz).

Opfermutiges Einsetzen ihrer ganzen Person, Hingehung an die Sache, Gemeinsinn, und unelgenmäßige Arbeit bei Tag und Nacht. Das war der Geist und der Leitstern der Alten. Möge die Jugend sie als Vorbild nehmen und in ihre Fußstapfen treten, dann wird auch wieder nationale Erhebung Deutschlands und der wirtschaftliche Wiederaufbau möglich und bessere Zeiten werden wieder eintreten.

In der Hoffnung, daß wir Metallarbeiter in diesem Heile arbeiten werden, eröffne ich hiermit unsere neunte Generalversammlung.

Hierauf ergriff Reichsminister Kollege Giesberts das Wort und führte u. a. aus, daß es ihm ein Herzensbedürfnis gewesen sei, zur Hauptversammlung zu kommen. Es sei nötig, daß die Verbindung nicht verloren gehe. Auch das heutige wirtschaftliche Leben berührte er. Deutschland sei nicht besetzt, sondern einer gewaltigen Uebermacht erlegen, und die angeblich geflegt hätten, wüßten heute nicht, was sie mit ihrem Sieg beginnen sollten. Er sage das deshalb, weil nach seiner Ueberzeugung die Weltgeschichte das Weltgericht sei und es würde dann auch die Zeit kommen, wo man frei und offen über die sogenannte Schuld am Kriege reden könne und es sei verkehrt, darüber zu sprechen, ob wir diesen oder jenen Fehler gemacht hätten. Die Schuld am Kriege könne erst erörtert werden, wenn auch bei den Gegnern die Geheimarchive geöffnet würden. In diesem Kriege habe das deutsche Volk der ganzen Welt seine Kraft gezeigt. Die Gegner fürchteten und heute nicht militärisch, weil wir entzweit sind, sondern fürchteten den Geist in unserem Volke. Man suche dem deutschen Volke das böllische Bewußtsein zu rauben und man suche es politisch und wirtschaftlich zu zermürben. Man versuche, uns den Gedanken zu suggerieren, daß der deutsche Nationalismus ein Irrtum gewesen sei, weil aus ihm der Weltkrieg entstanden sei. Die Art und Weise, wie der nationale Gedanke vor dem Kriege gepflegt wurde, sei nicht die richtige gewesen. Die heutige Zeit sei dazu da, daß das nationale Bewußtsein sich von unten herauf wieder erhebe. Wenn wir eine Aufgabe hätten, dann sei es die, daß wir Liebe und Freude an Deutschland, an unserer Arbeit in alle Herzen einhämmerten, daß sie nicht mehr aus der Welt geschafft werden könne. Das sei die Zeit der nationalen Erneuerung. Wenn erst einmal der starke Wille,

Deutschland wieder aufzubauen, bei den Arbeitern und auch die deutsche nationale Idee Gemeingut des Volkes geworden sei, dann würde Deutschland wieder aufgebaut werden. Der 30-jährige Krieg habe ein Jahrhundert und der Befreiungskrieg ein halbes Jahrhundert gebraucht, um die Wunden zu heilen und wir würden schon ungeduldig, wenn es nicht sofort besser ginge. Er habe zu unserer Entwicklung vollstes Vertrauen und sei überzeugt, daß der Wiederaufbau Deutschlands bei einiger Entbehrung gelingen wird, und wenn stützliche Ideen wieder ins Volk gebracht würden. Neben der nationalen, müsse auch die stützliche Kultur erneuert werden. Er wünsche daher, daß auch die Tagung des Verbandes diese stützlichen Ideen nicht vergessen werde und daß sie die ganze Politik des Verbandes leiten möchten.

Belgeordneter Dr. Meurer sprach im Namen des Oberbürgermeisters und der Stadt der Hauptversammlung Glückwünsche aus. Es sei mit Recht betont worden, daß es nicht möglich wäre, mit dem Mammongeist unser Volk wieder aufzurichten, daß einzig und allein die innere Erneuerung des Menschen die Voraussetzung sei zu einer Gesundung. Mit Gesetzen und Verordnungen würde nichts getan. Auch könne die Rettung von außen her nicht kommen. Das sei eine Täuschung. Auch die Regierung könne nicht helfen, wenn nicht die deutsche Kraft zur vollen Entwicklung, zur vollen Pflichterfüllung gebracht würde. Die Arbeiterschaft sei ein wichtiger Faktor im deutschen Wirtschaftsleben. Nicht das Lohne der Gedanke sein, daß vielleicht einmal die Zeit kommen wird, daß irgendein Berufsstand die Herrschaft ausübe. Auch das würde keine Zeit der Gesundung sein. Als Vertreter der Bürgerschaft möchte er wünschen, daß die Beratungen den besten Erfolg für den Berufsstand haben und daß jeder zur Pflichterfüllung erzogen würde. Was die Stadt den Gästen bieten könne, sei zwar nicht viel, aber sie fänden die volle Gastfreundschaft, der Essener. Essen sei auch eine Stadt, in der man versuche, den Bewohnern alles an Kultur zu geben, was möglich sei und er hoffe, daß die Besucher das beste Andenken an Essen mitnehmen würden.

Im weiteren Verlauf der Begrüßungen sprachen noch der Landtagsabgeordnete Schimmer (München), der einen Ueberblick über die bayerische Entwicklung gab, der Vertreter des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften, Kaiser (Köln), Bredemann als Vertreter des deutschen Gewerkschaftsbundes, der auf die gewaltige Umstellung in den Essener Werken zu sprechen kam. Aus einer Kruppischen Waffenschmiede sei eine Friedensschmiede geworden. Er wünsche, daß es gelingen möge, sowohl nach der materiellen wie idealen Seite die Waffen zu schmieden, die nötig seien, um zu den vorhandenen 3 Millionen Mitgliedern neue zu gewinnen. Weiter sprach der Vertreter des Verbandes deutscher Konsumvereine, Weber, Kollege Schriftleiter, Metz, der Vertreter der katholischen Arbeitervereine, Westdeutschlands und Landtagsabgeordneter Martin als Vertreter des Gesamtverbandes evangelischer Arbeitervereine. Die beiden letzteren betonten besonders das religiöse Moment der christlichen Arbeiterbewegung in ihren Beziehungen zu den konfessionellen Arbeitervereinen. Die Kollegen Elterbout (Vorsitzender d. katholischen Metallarbeiterverbandes Holland) und Schaaper (Vorsitzender des evangelischen Metallarbeiterverbandes Holland) führten aus, daß ihre Verbände dem sozialdemokratischen gewachsen seien. Sie seien Kampforganisationen, um den Arbeitern zu geben, was recht und billig sei. Die Verbindungen zwischen dem holländischen und dem christlichen Metallarbeiterverband seien leider durch den Krieg gestört worden. Aber sie hofften, daß sie wieder rege werden würden. Sie hätten Vorbereitungen getroffen, um eine internationale Verbindung der christlichen Gewerkschaften herzustellen. Der Vorsitzende des christlichen Metallarbeiterverbandes Oesterreichs, Waldsam, brachte die Grüße seiner Kollegen und bemerkte, daß sie keine Sonderabende wollten. Er erwarte, daß es möglich sei, wo sich nur deutsche Arbeiter aufhalten, sie in der Organisation zusammenzuschließen. Ein Anschluß Oesterreichs an Deutschland sei das einzig in Frage kommende. Der Vertreter des christlichen Metallarbeiterverbandes der Schweiz, Kollege Heil, führte aus, vor dem Kriege hätten die freundschaftlichsten Beziehungen zwischen beiden Verbänden bestanden. Ihr Verband habe mit großem Interesse die christliche Arbeiterbewegung und besonders die Entwicklung des Metallarbeiterverbandes in Deutschland verfolgt. Seine Sympathien seien während des ganzen Krieges bei uns gewesen. Der deutsche Organisationsgeist zeige sich jetzt wieder regsam und er freue sich, daß wieder aufgebaut werden sollte in dem Sinne, in dem angefangen worden sei bei der Gründung der christlichen Organisation. In der christlichen Organisation stehe das Programm der deutschen Zukunft.

Verbandsvorsitzender Kollege Weber dankte allen Rednern und schritt zur Konstituierung und Wahl der Büros. Es wurden einstimmig durch die Generalversammlung gewählt:

- Vorsitzende: Weber, Schmitz.
- Schriftführer: Kirckall (Duisburg), Blumacher (Düsseldorf), Born (Essen), Eichenlohr (Rürnberg),
- Listenföhrer: Petermann (Reheim), Rundsdorf (Ratowitz).
- Mandatströngungskommission: Genzmeier (Mülheim), Nutt (Köln), Wisnialski (Danzig), Küsters (Mülhingen), Fischer (Eingen).
- Kommission zur Vorbereitung der Anträge: Peters (Bochum), Dehach (Dortmund), Müller (Duisburg), Otto

(Essen), Werthenboch (Gelsenkirchen), Prang (Mülheim), Kohlen (Aachen), Maier (Köln), Udermahr (Düsseldorf), Ramphausen (M. Gladbach), Konrads (Eolingen), Gebenhene (Hagen), Ohrendorf (Siegen), König (Schwäb.-Gmünd), Fischer (Eingen), Brell (Amberg), Kolter (Neunkirchen), Iwerdon (Ratowitz), Wieber, Schmitz, Hirtleser, Herzog, Burgary, Schümmer, Uef, Gengler und Konrad.

Redaktionskommission: Georg Wieber, Maier (Duisburg), Genzmeier (Duisburg), Genzmeier (Oberhausen).

Abends fand im Garten des Städtischen Saalbau in würdiger Weise von dem Essener Ortskomitee vorbereitet, ein Gesang- und Musikabend statt. Nach Tausenden zählten die Kollegen, die gekommen waren. Mächtig fluteten die Melodienwogen der Kapelle und unsere bewährten Gesangvereine der Ortsgruppe Essen in Stärke von etwa 150 Mann durch die Dämmerung. Von der kundigen, festen Hand uners Kollegen Hengstler geleitet, der auch alle Feinheiten aus den Liedern herausholte, gab der Gesangchor sein Bestes. Unfers Delegierten werden auch diese Stunden trauten Zusammenseins unbergesslich bleiben.

Die Entschlieung unserer Generalversammlung zum Achtstundentag.

Die Stellungnahme unseres Verbandes zum Achtstundentag ist seit je bekannt. Wir stritten um den Achtstundentag seit 1904, während der soziald. Metallarbeiterverband erst 1906 mit einer Stellungnahme an das Tageslicht kam. Die neunte Generalversammlung unseres Verbandes zu Essen hat erneut den Standpunkt unseres Verbandes in einer Resolution kundgetan. Sie lautet:

„Die 9. Generalversammlung des Christl. Metallarbeiterverbandes spricht ihre Befriedigung darüber aus, daß die bei der 3. Generalversammlung des Verbandes im Jahre 1904 erhobenen Forderungen auf Verkürzung der Arbeitszeit, Einführung des Achtstundentages und den Abschluß von Tarifverträgen in der Schwerindustrie verwirklicht worden sind. Die Arbeiter der Metallindustrie, insbesondere der Schwerindustrie sowie der anderen schwerarbeitenden Berufe hat ein bringendes Unrecht auf den Achtstundentag.“

Die Generalversammlung erblickt in der gegenwärtig geltenden schematischen Arbeitszeit, die keine Rücksicht nimmt auf die Art, die Schwere und Gesundheitschädlichkeit der verschiedenen Berufsgruppen eine Ungerechtheit. Dies würde namentlich für die Fein- und Schmelzarbeiter eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit gerechtfertigt erscheinen lassen.

Angesichts der darniederliegenden Wirtschaft und des drohenden Ruins kann der Achtstundentag nicht besser geschützt werden, als durch plichtbewusste Ausfüllung der regelmäßigen Arbeitszeit, um die produktive Kraft unserer Wirtschaft auf den höchst möglichen Stand zu bringen.“

Gegen diese klare Stellungnahme laufen die Noten ihrer Methode gemäß mit entstellten unklaren und aus dem Zusammenhang gerissenen Sätzen eintrier rechtsstehender Blätter gegen uns Sturm. Unsere Kollegen mögen diesen Gesellen, wenn sie damit heran kommen, gehörig auf die Finger klopfen.

Für Preisabbau.

Die neunte Generalversammlung unseres Verbandes nahm einstimmig eine Entschlieung betreffend den Preisabbau an, die folgenden Wortlaut hat:

Die 9. Generalversammlung des Christl. Metallarbeiterverbandes erklärt mit allem Nachdruck, daß nur dann von weiteren Lohnsteigerungen abgesehen werden kann, wenn ein durchgreifender und fühlbarer Abbau der Preise für alle Lebensbedarfsgegenstände vorgenommen wird. Trotz aller Lohnsteigerungen steht die Lebenshaltung breiter Familien noch erheblich unter derjenigen vor dem Kriege. Da eine Besserung dieser Verhältnisse durch Lohnsteigerungen überhaupt nicht zu erreichen ist, muß endlich mit einem energilichen Preisabbau begonnen werden. Von der Regierung wird erwartet, daß sie nicht nur alle Forderungen auf noch weitere Erhöhungen der Preise von wichtigen Volksnahrungsmitteln unberücksichtigt läßt, sondern mit Nachdruck alle Wege beschreitet, die zu einer Herabsetzung der Preise geeignet sind. Dazu gehört auch die schnelle Beseitigung der Kriegsgesellschaften und ihrer Nachfolger.

In der Erkenntnis, daß für die Arbeiterschaft nicht die Höhe des Lohnes, sondern die Kaufkraft desselben ausschlaggebend ist, fordert die Generalversammlung die Christl. Metallarbeiter auf, mit allem Nachdruck auch die Selbsthilfebemühungen zur Steigerung der Kaufkraft des Lohnes, die aus der christlichen Arbeiterbewegung hervorgegangene Genossenschaftsbewegung energilich zu fördern.

Die Sozialdemokratie gegen den Achtstundentag.

Die roten Strategen aller Lager rücken einmal wieder Arm in Arm heran, M. S. und U. S., ferner Kommunisten, Syndikalisten, früher Gelbentheilhaber. Diesmal geht es gegen den christlichen Metallarbeiterverband, den man nach den Worten der U. S. Freiheit „ausrotten“ solle. Und der Grund dafür? Auf der Essener Generalversammlung soll unser bewährter, im Dienste der Arbeiterchaft ergrauter Verbandsvorsitzender, Wieber laut „Freiheit“ Nr. 333 wie „ein reaktionärer Mohrspatz geschimpft haben gegen den Achtstundentag“. Er sei reif für einen Ministerstuhl in einer Kappregierung und wie die Liebesswürdigkeiten alle heißen. Unser Verbandsvorsitzender, der schon für den Achtstundentag kämpfte und stritt, als diese Schimoklimme sich noch in Windeln voll machte, steht zu hoch, als daß wir ihn gegen diese niederen Angriffe in Schutz zu nehmen brauchen.

Das Typische bei der ganzen Sache ist, daß die Herren von der Linken ihre ganze Weisheit aus einem auf der äußersten Rechten stehenden Blatte, dem „Essener Allgemeinen Arbeiter“, schöpfen, dessen Berichterstatter die Ausführungen unseres Kollegen Wieber entstellte und unklar wiedergegeben hatte. Diesmal waren die Notizen überraschend schnell von der Glaubwürdigkeit jener Presse überzeugt, der sie sonst immer „gemeinste Lüge“ und „niedrigste Art“ vorwarfen. Man konnte ja diese entstellten Sätze so famos gegen den christlichen Metallarbeiterverband aussprechen, zumal es ja nach Staatsrechts bestimmten Ausspruch auf eine Lüge mehr oder weniger für diese Herren nicht ankommt. Was in Wirklichkeit unter Verbandsvorsitzender Kollege Wieber über den Achtstundentag sagte, ist nichts anderes als die Stellungnahme, die unser Verband von jeher in dieser Frage eingenommen hat und die in einer Entschließung ihren Ausdruck fand, die einstimmig von der Essener Generalversammlung angenommen wurde und welche wir an anderer Stelle in dieser Nr. veröffentlichten.

Diese Stellungnahme des Verbandes, die sowohl von einem höchstmaßstäblich wirtschaftlichen Reibe im Gegensatz zu der üblichen Moralökologie der Radikalen als auch von einem wirklichen Schutze der Arbeiterinteressen zeugt, mögen sich unsere Kollegen gut merken. Und wenn die „Freiheit“ die „Deutsche Arbeiterchaft“ auffordert, den christlichen Metallarbeiterverband „auszurotten“, so rufen wir: „Nur herant!“ Die christliche Metallarbeiterchaft weiß ihren Mann zu stehen gegen jeden, gegen die Terroristen oder die u. s. „Arbeiterführer“, den Millionär Rosenbergs, den schwerkrieglichen Willensbesitzer Simon, den eleganten Herrn Freilich, oder das wilde Modedämchen Sander. Dann lautet die Parole: Flaggge hoch, Kampf bis zum Letzten.

Mit entstellten, aus dem Zusammenhang gerissenen Sätzen über den Achtstundentag wollen die Herren von der roten Couleure die sozialdemokratische Volkseele mal wieder zum Fließen bringen, um sie den Staub im eigenen Lager abzuschütteln.

Wer ist der eigentliche Gegner des Achtstundentages und wer möchte alles in die Kesseln eines Zwölfstundentages zwingen? Die Sozialdemokratie und vor allem die U. S. P.

Siehe die Beweise: Die plötzliche systematische Einführung des Achtstundentages mit gefühltem Zwang veranlaßte Herrn A. Schilde, der 20 Jahre Vorsitzender des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes war, zu dem Ausspruch: „Das haben nicht Männer der Praxis gemacht. Das ist am grünen Tisch gemacht worden.“

Der sozialdemokratische Staatssekretär a. D. Dr. August Müller schrieb am 1. Februar d. J.: „Die aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen überaus wichtige Gestaltung der Arbeitszeit ist durch die übereilte Festlegung einer für alle Verufe gleichen Arbeitszeit von acht Stunden höchst ungünstig beeinflusst worden.“

Das sozialdemokratische Arbeitsministerium in Bayern wandte sich mit der Frage an die Gewerkschaften, ob und inwieweit die jetzige Arbeitszeit (Achtstundentag) für die bayerischen Gewerbe eine Erhöhung erfahren könnte.

Zu einer bedingten Aufhebung des gesetzlichen Achtstundentages sah sich unter anderem der sozialdemokratische Regierungspräsident König, Arnberg, veranlaßt. Er verordnete, daß vom 1. März bis zum 1. Oktober d. J. für die in handwerklich betriebenen Schmieden, Schlossereien, Schreinereien (Tischlereien) und Sattlereien, die ausschließlich oder vorwiegend für die Zwecke der Landwirtschaft tätig sind, die tägliche Arbeitszeit bis zu 10 Stunden täglich ausgedehnt werden darf, wenn den beteiligten Gehilfen und Lehrlingen mindestens zwei Stunden Pausen zwischen den Arbeitsstunden gewährt werden.“

Wissenschaftliche Schritte weiter gehen indes U. S. P.-Anhänger in diesen Fragen vor. So sandte das aus solchen Kreisen bestehende „freie“ Gewerkschaftskartell Düsseldorf, Vorsitzender zu den Ruhrbergleuten, um sie zum Verfahren von Ueberwachungen zu veranlassen.

Von Saarbrücken berichtet die sozialdemokratische „Münchener Post“ vom 26. 2. 20, daß dort in einer Reichensammlung der Unabhängige Schneider zur Verhütung seiner Parteifreunde das Eingeständnis gemacht habe, daß auch eine unabhängige Regierung den Wiederaufbau nicht nur rascher und zur Zufriedenheit aller Arbeiterwünsche durchführen könne, sondern sogar den 12 stündigen Arbeitstag für notwendig erachte.“

Von einer U. S. P. Versammlung in Duisburg, wo einer ihrer Hauptführer, der bekannte Adolf Hoffmann, Berlin, sprach, berichtet die Presse vom 28. 5. 20 wie folgt: „Nur einen Versuch unternahm er, um dem Wiederaufbau der wirtschaftlichen Verhältnisse das Wort zu reden, d. h. nur dann, wenn wir eine sozialistische Materregierung bekommen würden. Dabei hat Adolf Hoffmann der deutschen Arbeiterchaft und ihren Bestrebungen den schlechtesten Dienst erwiesen. Denn Hoffmann will, wenn es notwendig wäre selbst als 62 Jahre alter Mann noch in die Kasse gehen und nicht nur 6 oder 8, sondern sogar noch 10 Stunden und mehr täglich schwer arbeiten.“ Während also die Arbeiterchaft sich bemüht, nachzuweisen, daß nach 8 stündiger Schwerarbeit ihre Kräfte erschöpft sind, sie nicht länger arbeiten kann, der Arbeiter

auch in diesem hohen Alter zur Arbeit unfähig ist, er in den wohlverdienten Ruhestand versetzt zu werden verdient, oder doch nur mehr noch leichte Arbeit verrichten könne, schlägt Adolf Hoffmann alle diese berechtigten Gründe in den Wind und will der Welt weismachen, daß es ander doch geht.

In einer „freien“ Gewerkschaftsversammlung in Erfeld, die sich nach den Reichstagswahlen bekräftigte, führte, nach der dortigen sozialdemokratischen „Niederrheinischen Volksstimme“ vom 3. 6. 20, der U. S. P. Führer Ubers aus: „Unter Umständen, wenn es die Durchführung des Sozialismus erfordere, müßte auch länger als 8 Stunden gearbeitet werden. (Widerwärtig.) Wahrheit und Klarheit müßten verbreitet und nicht Phrasen pedroschen werden, dann würde die Enttäuschung um so geringer sein, weil man darauf vorbereitet wäre. Durch ein Uebergangsstatutum großer Not arger Krutit und vieler Entbehrungen müßten wir hindurch, ehe wir zu besseren Zuständen kommen können. Da dürfte der Achtstundentag kein starres Dogma bleiben.“

Im Solinger Industriegebiet geben die radikalen „Genossen“ ebenfalls alle Gründe für die jetzige kürzere Arbeitszeit auf und versichern im sozialistischen Staats „erster Güte“, jegliche längere Arbeitszeit leisten zu wollen. Einen ähnlichen unangenehmen Standpunkt nehmen auch hier die Kommunisten ein. Als dort in öffentlichen Arbeiter-versammlungen besprochen wurde, daß Lenin und Trozky in Rußland den 8-Stundentag aufgehoben, den 10- und 12-Stundentag zwangsweise eingeführt hätten, und daß sieben Tage in der Woche gearbeitet werden müßte, da antwortete der Kommunistenführer Berger: „Das ist insofern nicht wahr, als ich von Rußland komme, wo nicht 10 noch 12, sondern 14 Stunden gearbeitet werden muß.“ Herr Berger gab dafür wohl eine Begründung, die aber nur wenige von seinen Anhängern verstanden, und welche Arbeitszeit die nüchtern gebliebene Arbeiterchaft unter allen Umständen ablehnt.

Die Sozialdemokratie ist trotz ihres Phrasengeklüppels die größte Gegnerin des Achtstundentages und wo sie zur Herrschaft kommt wie in Rußland, da drückt sie selbst ein ausgemerktes Volk in einen Zwölfstundentag hinein. So sehen die Freunde des Achtstundentages aus. Unsere Kollegen mögen sich das merken.

Innere Verbandsaufgaben.

Heinrich Henckemeter.

Vor allen Dingen ist notwendig, daß der erste Vorsitzende der Zahlstelle oder Ortsgruppe neben der allgemeinen Ueberwachung und Leitung der Verbandsarbeit, seine besondere Aufgabe darin zu suchen hat, die Versammlungen und Sitzungen recht interessant zu gestalten, um dadurch für die notwendigen Anregungen, besonders auch in der Agitation zu sorgen. Die Hausagitation müßten wir unter den Spezialaufgaben an die erste Stelle rücken, um ihre Bedeutung zu charakterisieren. Unter Leitung eines der tüchtigsten Vorstandsmitglieder, etwa des zweiten Vorsitzenden, müßte sich eine Kommission ständig mit dieser Sache befassen. Ob die Hausagitation laufend oder periodisch betrieben werden soll, richtet sich nach den örtlichen Verhältnissen, zum mindesten aber sollte kein Quartal verstreichen, wo nicht eine besondere Aktion unternommen wird. Mit größter Sorgfalt muß, wie heute die Verhältnisse gefordert sind, die Sammlung und Auswahl der Adressen erfolgen. Es ist nicht mehr möglich, Vereinskarten einfach in Haufen und Bogen zu verwenden, weil man dann sehr viel vergebliche Arbeit leisten würde. Immerhin kann mit Hilfe der konfessionellen Vereine noch wertvolles Adressenmaterial gesammelt werden, wenn individuell die Organisationszugehörigkeit der Mitglieder geprüft wird. Eine weitere Möglichkeit bietet sich an der Arbeitsstelle, worauf wir später zurückkommen.

Zur Verberbeit gehört auch die Eindämmung der Fluktuation. In Verbindung mit der erwähnten Agitationskommission oder durch einen besonderen Firtel von eifrigen Kollegen muß der Vorstand dafür sorgen, daß alle lau gewordenen Mitglieder und ohne triftigen Grund ausgetretene, ferner zu anderen Verbänden übergetretene, möglichst sofort bestraft werden, um sie zurückzugewinnen. Als triftiger Grund kommt im allgemeinen nur Berufswchsel oder Berufsaufgabe in Frage. Um diese Arbeit erfolgreich und ohne unnötigen Kraftaufwand durchführen zu können, ist notwendig, daß bei der Meldung die Ursache der Austrittsursache oder des Uebertrittes zu anderen Verbänden festgestellt wird. Bei der schriftlichen Meldung zur Ortsbestimmung (Geschäftsstelle) sollte besonders nie vergessen werden, dieses anzugeben, weil dann von dieser Stelle aus die Tätigkeit der Zahlstelle zur Wiedererwinnung, durch Meldung an die Betriebsfunktionäre, noch wertvoll unterstützt werden kann. Diese Arbeit muß fortlaufend erfolgen und je schneller man mit dem Hausbesuch der Meldung folgt, um so sicherer wird man in der Regel damit Erfolg haben. Der Hausbesuch soll grundsätzlich nicht durch den Vertrauensmann (Beitragskassierer) erfolgen, der das Mitglied bedient hat — das schließt allerdings nicht aus, daß auch dieser Kollege sich um die Erhaltung des Mitgliedes bemüht. Nicht selten stellt sich aber heraus, daß der Beitragskassierer sich vergeblich bemüht, während ein anderer Kollege sofort Erfolg hat.

Die Jugendarbeit im Verbands stellt uns ebenfalls vor eine ganze Anzahl von Aufgaben. Hier wollen wir nur soweit darauf eingehen, als es sich um Vorkahrungen handelt, die eine erfolgreiche Arbeit ermöglichen. Es wird vielfach betont, daß auch hier von unten herauf aufgebaut werden müsse. Inwiefern mag das richtig sein, als schon in der einzelnen Zahlstelle mit der Sammlung der Jugendlichen begonnen werden muß. Hierbei darf aber nicht übersehen werden, daß die gewerkschaftliche Erziehung und Gewinnung der Jugend in erster Linie eine Jugendführerfrage ist. Die

Gewerkschaftsarbeit ist an und für sich eine für das jugendliche Gemüt etwas zu „trockene“ Materie und wir sind in unseren christlichen Gewerkschaften mit Rücksicht auf unser Verhältnis zu den konfessionellen Jugendvereinen nicht in dem Maße in der Lage, die bekannten Hilfsmittel, Spiel, Sport usw. mit in Anwendung zu bringen, wie unsere sozialistischen Gegner dieses tun können. Trotzdem kann sehr viel und vielseitig sogar entschieden mehr erreicht werden, wie auf sozialdemokratischer Seite, wenn folgende Voraussetzungen geschaffen sind:

1. Ist ein möglichst gutes Verhältnis zu den konfessionellen Jugendvereinen anzustreben, um die meist vorzüglichen Leistungen dieser Vereine auch im Sinne der gewerkschaftlichen Erziehung, also in unserem Sinne wirken zu lassen;
2. muß die Ausbildung einer größeren Anzahl geeigneter Kollegen als gewerkschaftliche Jugendberater mit Nachdruck betrieben werden.

Es wäre ja wohl in erster Linie Aufgabe der Gewerkschaftskartelle, das Verhältnis zu den Vereinen zu klären, und unsere Kollegen müssen da, wenn notwendig, mit den entsprechenden Anregungen aufwarten. Wo die Kartelle aber versagen sollten, müssen unsere Kollegen handeln und auch neben der Tätigkeit des Kartells empfiehlt sich die ständige Fühlungnahme und Betätigung in den Vereinen durch geeignete Kollegen. Dabei sollte nach Möglichkeit jede Schärfe auch dann vermieden werden, wenn die Vereinsvorstände sich nicht so leicht für unsere Bestrebungen erwärmen können. Meinungsverschiedenheiten müssen von Leitung zu Leitung geklärt und dürfen Differenzen nicht zum Bankapfel in die Vereine getragen werden.

Um einen Stab tüchtiger Jugendberater heranbilden zu können, wird dafür gesorgt werden müssen, daß neben der entsprechenden schriftlichen und mündlichen Belehrung den in Frage kommenden Kollegen Gelegenheit zu praktischer Betätigung gegeben wird.

Zur Neubildung des deutschen Arbeiterrechtes

Dr. Goerrig.

Bekanntlich ist seit Mai vorigen Jahres unter den Vorsitz des Ministerialdirektors Siebert vom Reichsarbeitsministerium ein Ausschuß mit dem Entwurf eines einheitlichen neuen deutschen Arbeitsgesetzbuches beauftragt.

Dem Ausschuß ist die Aufgabe gestellt, das ganze Gebiet des Arbeitsvertragsrechtes unter Achtung der Sonderstellung einzelner Arbeitnehmergruppen einheitlich zusammenzufassen und das Koalitionsrecht gesetzlich neu zu regeln.

Für die gesamte Arbeitsverfassung soll ein klarer und zweckmäßiger Aufbau geschaffen und die bunte Mannigfaltigkeit der jetzigen Rechtsinstanzen durch einheitliche Arbeitsgerichte ersetzt werden.

Alles Ueberlebte soll ausgeschaltet und Geist und Form des neuen Arbeitsrechtes der neuen Zeit angepaßt werden.

Den Gewerkschaften ist bei der wichtigsten Arbeit ein entsprechender Einfluß gesichert.

Das neue Arbeitsgesetzbuch soll das Buch des Arbeiters werden, es muß ihm deshalb durch und durch vertraut werden.

Dies wird es am leichtesten und nachhaltigsten, wenn jeder sein Entzehen miterlebt, wenn er mit wachsendem Interesse Anteil nimmt an den Vorbereitungsarbeiten und das Fortschreiten derselben dauernd verfolgt.

Jeder von uns kann dies sehr leicht, weil der Ausschuß, gerade um zu fördernder Diskussion anzuregen, seine Entwürfe möglichst frühzeitig bekanntgeben will.

Zudem will man, um die durch ein sorgfältiges Arbeiten bedingte Wartezeit bis zur Fertigstellung des gesamten Werkes teilweise abzukürzen, einzelne besonders dringliche Materien schon vorher gesetzlich neu regeln und zwar in einer Form, die sich nachher systematisch und zwanglos in das Ganze einordnet.

Man hat zu diesem Zwecke innerhalb des Gesamtausschusses eine Reihe Unterausschüsse gebildet, deren Arbeiten zum Teil weit fortgeschritten sind.

So sind in besonderer Bearbeitung u. a. die Entwürfe einer Schlichtungsordnung, eines Arbeitsgerichtsgesetzes, eines Arbeitsnachweisgesetzes, eines Heimarbeitsgesetzes, eines Hausdienstgesetzes, eines Tarifvertragsgesetzes und eines Gesetzes über Arbeitsbehörden.

In der Erwartung dieser Neuodifikationen sollte man aber auch vor allem nicht, wie das vielfach geschieht, übersehen, daß in den fast täglich erscheinenden Reichsperordnungen sich mehr und mehr eine innere Umwandlung und Erneuerung des deutschen Arbeitsrechtes Bahn bricht. So unbedeutend und formell auch manche dieser Verordnungen auf den ersten Blick erscheinen, recht oft spricht aus ihnen eine vollständige Wandlung der Rechtsanschauung.

Der Monat Juni stand im Zeichen der Reichstagswahl und der langdauernden Regierungsbildung.

Die Nationalversammlung stellte ihre gesetzgebende Tätigkeit ein, der neue Reichstag konstituierte sich erst. Die alte und die neue Regierung trafen zurüchhaltend und machten von ihrem Verordnungsrecht etwas weniger Gebrauch wie in den Vormonaten.

Immerhin brachte das Reichsgesetzblatt im Monat Juni eine Anzahl nicht unbedeutender Verordnungen auch auf dem Gebiete des Arbeitsrechtes.

Diese Verordnungen stammen zum Teil noch aus dem Monat Mai und wurden erst im Juni veröffentlicht.

Zwei umfangreichere Verordnungen finden wir in den Reichsgesetzblättern Nr. 123 und 128, vom 7. und

12. Juni 1920, die Verordnungen über die Regelung der Schwefelsäurewirtschaft und der Leerwirtschaft vom 31. Mai bzw. 7. Juni 1920.

Beide bauen sich auf dem bereits in anderem Zusammenhang in Nr. 25 des „Deutschen Metallarbeiter“ besprochenen Gedanken der „Selbstverwaltungsleiter“ auf.

Arbeitsrechtlich interessiert in diesen Verordnungen die Bestimmung, daß in diesen Selbstverwaltungsorganen auch Arbeitnehmer vertreten sein müssen, und zwar in gleicher Zahl wie die Arbeitgeber, und daß damit auch die Arbeitnehmer mitbestimmenden Einfluß erhalten auf die Verteilung und Preisfestsetzung der Rohstoffe und Fertigwaren, in diesem Falle des Leers und der Schwefelsäure.

Ebenso, wie man durch den Zusammenschluß und die Gemeinschaftsarbeit von Erzeugern, Vorarbeitern, Händlern und Verbrauchern eine Milderung der Wirtschaftskrisen erwartet, vertritt man sich gute Erfolge von einem Zusammenarbeiten von Arbeitgebern und Arbeitnehmern innerhalb der gleichen Interessengruppe in den Selbstverwaltungsorganen.

Arbeitgeber und Arbeitnehmer erhalten in diesen Selbstverwaltungsorganen, deren Form hier im einzelnen nicht interessiert, willkommenen Gelegenheit, sich zu sozialistischer Gemeinschaftsarbeit zu einen; jedenfalls geht man wohl nicht zu weit, wenn man erwartet, daß Arbeitgeber und Arbeitnehmer gerade in den Selbstverwaltungsorganen recht oft sich von der Gemeinschaftlichkeit mancher Ziele und Wünsche überzeugen werden, und daß dadurch der Gedanke der Arbeitsgemeinschaften eine weitere Vertiefung und Verbreitung finden wird.

Einige wichtige Änderungen auf dem Gebiete des Tarifvertragsrechtes bringt die Verordnung vom 31. Mai 1920, veröffentlicht im Reichsgesetzblatt Nr. 125, vom 9. Juni 1920.

Durch diese Verordnung soll die Publizität (d. h. das öffentliche Bekanntwerden) allgemeiner verbindlicher Tarifverträge weiter gefördert und den mit der Kontrolle der Tarifverträge und der Arbeitsvermittlung vertrauten Behörden das erforderliche Material gesichert werden.

Sie bestimmt deshalb einerseits, daß die amtlichen Bekanntmachungen in Bezug auf die Verbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen statt im Reichsanzeiger in dem in den beteiligten Kreisen mehr verbreiteten Reichsarbeitsblatt auf Kosten der Vertragsparteien zu erfolgen haben.

Andererseits legt sie unter Androhung von Ordnungstrafen den bei einem Tarifvertrag als Vertragsparteien beteiligten Arbeitgebern und den Arbeitnehmerorganisationen die Verpflichtung auf, innerhalb zweier Wochen nach dem Abschluß eines jeden Tarifvertrages und jeder Tarifänderung dem Reichsamt für Arbeitsvermittlung und dem zuständigen Landesamt für Arbeitsvermittlung je zwei Abschriften des Tarifvertrages sowie sämtlicher dazu vereinbarten Ergänzungen und Änderungen kostenfrei einzureichen.

In gleicher Weise muß die Aufhebung und die Kündigung eines Tarifvertrages durch die kündigende Partei angezeigt werden.

Die Landesämter für Arbeitsvermittlung können auch die Ueberlassung weiterer Abschriften der Tarifverträge für die Arbeitsnachweise ihres Bezirkes — allerdings nur gegen Erstattung der Kosten — verlangen.

Außerdem sollen die Gewerbeaufsichtsbeamten durch die Tarifparteien je einen Abdruck der in Frage kommenden Tarifverträge kostenlos erhalten.

Die Gewerkschaften werden diesen Verpflichtungen gerne nachkommen, da es im Interesse ihrer Mitglieder liegt, wenn alle Arbeitsbehörden, insbesondere aber die Arbeitsnachweise, in der Lage sind, sich schnell über die maßgebenden Tarifverträge zu unterrichten und die Arbeitsuchenden entsprechend über die Lohn- und Arbeitsbedingungen der vermittelten Betriebe aufzuklären.

Die im Reichsgesetzblatt Nr. 127, vom 11. Juni 1920 veröffentlichte Verordnung zur Ausführung des Betriebsratsgesetzes vom 5. Juni 1920 trifft Bestimmungen darüber, innerhalb welcher Fristen, in welcher Form und bei welcher Stelle man die „Wiedereinsetzung in den vorigen Stand“ nach Paragraph 90 des Betriebsratsgesetzes verlangen kann, wenn man eine Frist des Betriebsratsgesetzes veräußert hat.

Gemäß diesen Ausführungsbestimmungen muß man, wenn man bei Einspruch gegen eine Kündigung pp. infolge „höherer Gewalt“, z. B. schwerer Krankheit usw., eine Frist hat verstreichen lassen, innerhalb zweier Wochen seit dem Tage, an welchem das Hindernis behoben ist, spätestens aber innerhalb eines Monats nach Ablauf der veräußerten Frist, unter Angabe der Hinderungsgründe und der Beweismittel einen Antrag an den Schlichtungsausschuß einreichen und dabei gleichzeitig das veräußerte nachholen.

Der Schlichtungsausschuß kann dann entscheiden, daß über die Fristveräußerung hinweggesehen wird.

Die Verordnung vom 21. Mai 1920 im Reichsgesetzblatt vom 14. Juni 1920 regelt die Einrichtung des Reichswirtschaftsgerichtes und das Verfahren vor ihm. Das Reichswirtschaftsgericht entscheidet heute in der Hauptsache über wirtschaftliche Streitfragen, es werden ihm aber immer mehr, auch ins arbeitsrechtliche Gebiet hinübergehende Aufgaben zugeteilt.

Das Reichsgesetzblatt vom 12. Juni 1920 bringt in Parallele zu der Verordnung über die Erhöhung der Grundlöhne bei den Krankenkassen die Verordnung vom 31. Mai 1920 über die Ausdehnung der Versicherungspflicht in der Angehörigenversicherung. Der Geldwertverfallung folgend wird die Grenze für die Pflichtversicherung von 7000 auf 15 000 Mark erhöht.

Nur nebenbei seien die Verordnungen vom 9. Juni und 13. Mai 1920 (Pachtordnung und Bu-

cher bei Vermietung von Wohnräumen) erwähnt, die eine weitere Festigung des Rechtes auf eine angemessene Wohnung und auf Pachtland zur Selbstversorgung bringen.

Sturz aber bedeutungsvoll endlich ist die Verordnung vom 20. Juni 1920 über die Einberufung des vorläufigen Reichswirtschaftsrates, des ersten Wirtschaftsparlamentes.

Der Arbeitsrechtler erwartet mit Spannung den Einfluß desselben auf den weiteren Ausbau des Arbeitsrechtes. Im Gegensatz zum Reichstag, der in der Hauptsache politisch orientiert ist, stehen sich hier Führer unseres Wirtschaftslebens, durch ihre sozialen und wirtschaftlichen Anschauungen sich unterscheidend, gegenüber.

Dieser Monat brachte auch in persönlicher Beziehung eine Veränderung. Der bisherige Reichsarbeitsminister Schilde, der den freien Gewerkschaften angehört, ist zurückgetreten. Sein Nachfolger ist Dr. Brauns, ein ausgesprochener Anhänger des Gedankens der Sozialität.

Es bleibt abzuwarten, wie weit er bei der heutigen politischen Lage imstande sein wird, der Fortentwicklung des Arbeitsrechtes diesem Grundgedanken Durchbruch zu verschaffen.

Ein großer Erfolg der Arbeitsgemeinschaft.

Das Einkommensteuergesetz gab den Kommunisten Veranlassung, im rheinisch-westfälischen Industrie-Gebiet einen Putz vorzubereiten. Zu diesem Zweck wurden die Hochofenleute sämtlicher Werke mobilisiert und die Forderung aufgestellt, den Sonntagszuschlag von 50 Proz. auf 100 Prozent zu erhöhen. Die Begründung war leicht gegeben, indem man den Steuerabzug von 10 bzw. 15 Prozent ins Feld führte. Die Bezirksarbeitsgemeinschaft Düsseldorf befaßte sich mehrfach mit dieser Angelegenheit. Bei den ersten Verhandlungen waren die Arbeitgeber bereit, ohne Verringerung des Lohnentzuges für Sonntagsarbeit bis 3,20 M. pro Schicht mehr zu zahlen. Als trotz dieses Entgegenkommens in einzelnen Städten die Arbeiterschaft nicht zur Ruhe kam, wurde die Angelegenheit nochmals der Bezirksarbeitsgemeinschaft unterbreitet. Diese beschloß dann, Eingaben an die Reichsregierung zu machen, folgenden Inhalts:

An den Herrn Reichsfinanzminister z. S. des Herrn Dr. Wittb, Berlin.

In der heute in Düsseldorf aus Anlaß der unter der Arbeiterschaft herrschenden, außerordentlichen Erregung über die Vinschaltung des Steuerabzuges vom Arbeitslohn versammelten Arbeitsgemeinschaft (Tarifgemeinschaft) für die rheinisch-westfälische Eisen- und Stahlindustrie, Abt. Arbeitsverhältnisse der Arbeiter, trat erneut die besondere Gärte in Erscheinung, die darin liegt, daß die Arbeiter, die Sonntags durch die besonderen Betriebsverhältnisse (Hochöfen, Kesselanlagen) zu arbeiten gezwungen sind, infolge dieses Mehrverdienstes einen erhöhten Steuerabzug erleiden.

Auf Grund der Verordnung über die Regelung der Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter vom 23. November 1918 beträgt die regelmäßige Arbeitszeit 48 Stunden in der Woche. Einzelnen Arbeiterkategorien verbietet jedoch die besondere Eigentümlichkeit des Betriebs eine Unterbrechung der Arbeitszeit am Sonntag. Diese Arbeiter sind mithin gezwungen, wöchentlich 8 Stunden über die Maximalarbeitszeit hinaus zu arbeiten.

Die Arbeitsgemeinschaft (Tarifgemeinschaft) für die rheinisch-westfälische Eisen- und Stahlindustrie, Abt. Arbeitsverhältnisse der Arbeiter, stellt daher den Antrag, daß den Arbeitern, die im Gesamtinteresse unserer Wirtschaft zur Sonntagsarbeit gezwungen sind, der für die Sonntagsarbeit erzielte Verdienst steuerfrei bleibt.

Wegen der Dringlichkeit der Angelegenheit beabsichtigen wir, Ihnen die obwaltenden Verhältnisse durch eine Kommission mündlich im einzelnen darlegen zu lassen und bitten um Mitteilung, wann eine diesbezügliche Besprechung stattfinden kann.

Wir halten eine solche Aussprache für unbedingt erforderlich, weil durch eine Verringerung der Sonntagsarbeit ein Schaden angerichtet wird, der zu dem Steuerertrag aus dem Sonntagsverdienst in gar keinem Verhältnis steht und die Gefahr besteht, daß durch die Ablehnung der Sonntagsarbeit die ganze Belegschaft an ein bis zwei Tagen in der Woche zu feiern gezwungen ist.

An die Reichsregierung z. S. des Herrn Lehrenbach, Berlin.

Den Bergarbeitern sind seit Einsetzen des Lebensmittel- und Bekleidungsmanuels Bergungsleistungen gegenüber den Arbeitern anderer Industriezweige zuteil geworden, deren Berechtigung wir für die Untertagearbeiter voll und ganz anerkennen.

Diese Fürsorge wird durch das Kohlenabkommen von Spa erweitert. Dieses Abkommen setzt eine Kommission ein, deren Aufgabe es sein soll, Mittel und Wege zu finden, um die Lebensbedingungen der Bergarbeiter bezüglich der Ernährung und der Kleidung zu bessern.

Die Arbeitsgemeinschaft (Tarifgemeinschaft) für die rheinisch-westfälische Eisen- und Stahlindustrie, Abt. Arbeitsverhältnisse der Arbeiter, bittet die Regierung, Maßnahmen zu ergreifen, um auch für die Arbeiter der Eisen- und Stahlindustrie Erleichterungen in der Beschaffung von Lebensmitteln zu gewähren und mit uns zu beraten, wie die Kosten der Lebenshaltung herabgesetzt werden können.

Eine Besserung kann unseres Erachtens nur durch eine von der Reichsregierung ausgehende reichlichere Belieferung aller Industriearbeiter des rheinisch-westfälischen Industriegebietes erreicht werden.

Wir bitten, unserem Antrage baldmöglichst zu entsprechen und uns mitzuteilen, wann eine Abordnung der Arbeitsgemeinschaft (Tarifgemeinschaft) für die rheinisch-westfälische Eisen- und Stahlindustrie zur mündlichen Besprechung über die Durchführbarkeit unseres Antrags vorstellig werden kann. Wir halten eine solche Aussprache für unbedingt erforderlich, um die Reichsregierung über die Lage im rheinisch-westfälischen Industriegebiet eingehend unterrichten zu können.

(Unterschriften.)

Auf Grund dieser Schreiben erhielt die Arbeitsgemeinschaft Mitteilung, daß am Montag, den 16. August 1920 die Verhandlungen in Berlin stattfinden würden. An den Verhandlungen nahmen teil: die drei Metallarbeiterorganisationen und die Vertreter des Arbeitgeberverbandes der nordwestlichen Gruppe des Deutschen Eisen- und Stahlindustrieller. Unsere Organisation war vertreten durch den Kollegen Durgary. Nach dreitägiger Verhandlung in den zuständigen Ministerien und durch eine Besprechung der Frage im fünften Ausschuß des Reichstages wurde eine wesentliche Erleichterung in der Handhabung des Steuerabzuges erzielt. Die Verdienste aus Sonntags- und Ueberstunden sollten vom Steuerabzug befreit bleiben. Ferner soll für den Abzug das Einkommen durchgestaffelt werden, d. h. übersteigt der abzugspflichtige Einkommensanteil 15 000 M. 10 von 100 und erst vom übersteigenden Teil 15 von 100 abgezogen werden.

Die gleiche Kommission wurde auch wegen Fragen der Verbesserung und Bewilligung der Ernährung und Bekleidung der Metallarbeiter beim Reichswirtschaftsminister, beim Reichsarbeitsminister und beim Reichsernährungsminister vorstellig und erzielte auch dort Zugeständnisse.

Die gesamte deutsche Arbeiterschaft, vornehmlich für diejenigen Arbeiter, welche mit regelmäßiger Sonntags- und Ueberarbeit zu rechnen haben, (Hüttenarbeiter, Zechenmetallarbeiter), bedeutet das Entgegenkommen der Regierung eine wesentliche Erleichterung. Es ist wohl anzunehmen, daß nunmehr die Ruhe wieder in den Betrieben einziehen wird. Von unseren Kollegen können wir verlangen, daß sie den Gegner der Arbeitsgemeinschaft zu Gemüte führen, daß ohne die Arbeitsgemeinschaft solche Erfolge nicht möglich sind.

Bekanntmachung des Vorstandes

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 29. August der 36. Wochenbeitrag fällig für die Zeit vom 29. August bis 4. Sept.

Es erhalten die Genehmigung zur Erhebung folgender Beiträge: 1. Klasse 4 M., 2. Kl. 3 M., 3. Kl. 2 M. und Jugendl. 1 M. Außerdem die Kartellbeiträge extra.

Die Ortsgruppen, die infolge des Beschlusses der Generalversammlung eine Beitragsbefreiung vornehmen müssen, werden bringen er sucht, die dann benötigten Beitragsmarken sofort an der Zentrale zu bestellen.

Aus dem Verbandsgebiet.

Ortsgruppe Kiel. Am 31. Juli fand im Vereinshaus die 26. halbjährliche-gut besuchte Quartalsversammlung unserer Ortsgruppe statt. Kollege Seible begrüßte die zahlreich erschienenen und erstellte auf Verlesen des Protokolls dem Vorsitzenden, Kollegen Korsch, zum Geschäftsbericht das Wort. Einleitend betonte derselbe, daß, nachdem das erste Quartal einen Stillstand in der Mitgliederbewegung gebracht hatte, nun wieder ein erfreuliches Anwachsen zu konstatieren sei. Nebenher wurde auch heute nur einige wenige Kollegen agitatorisch tätig, sonst würde der Erfolg des letzten Vierteljahres noch bedeutend besser ausfallen sein. Als Minderheit müssen wir auf dem Posten sein, um jede Gelegenheit auszunutzen, den Verband zu stärken. Nur dadurch können wir in die Lage, uns dem Deutschen Metallarbeiterverband gegenüber durchzusetzen, der nur darauf ausgeht, Minderheiten zu verewaltigen und an die Wand zu drücken. Bisher war es nicht möglich, in den Verhandlungskommissionen mit vertreten zu sein, und dies wird erst dann anders werden, wenn alle Kollegen von dem Willen befeßt sind, sich unter allen Umständen durchzusetzen. In einem Teil der Kollegen ist dieser Wille lebendig, wie aus der erfolgreichen Arbeit, die sie für den Verband geleistet haben, hervorgeht. Kollege Köhner brachte auf 15, die Kollegen Korbog und Bachmann auf je 8, Klemens auf 7, Rothe auf 6, Kiesel auf 4, Kutschke, auf 2, und 9 weitere Kollegen auf je 1 Aufnahme. Vielfaches Bravo beehrte diese Erreue für ihre Tätigkeit. Die anderen Kollegen jedoch mögen sich dieses Beispiel vor Augen halten, und nun auch ihrerseits den Verband gegenüber sich ihren Pflichten bewußt werden.

Kassenbericht. Die Einnahmen der Hauptkasse belaufen sich auf 2668,05 Mark. Die Ausgaben auf 700,66. Der Hauptkassier wurden 2867,39 Mark überwiechen. Die Einnahmen der Lokalasse, einschließlich Bestand, betragen 4993,27 Mark; die Ausgaben 2497,11 M., so daß ein Kassenbestand von 2496,96 bleibt.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung wurde über die vorhandene große Arbeitslosigkeit, und die Möglichkeit, den davon Betroffenen geheure Unterstützungen zuzuweisen, verhandelt. Einmütig stand die Vermittlung an dem Standpunkt, daß hier etwas geschehen müsse, daß es ein solches Christenpflicht sei, den unverschuldet in Not Geratenen zu helfen. Dafür wurde einstimmig der Beschluß gefaßt, einen monatlichen Beitrag von 5 Mark zu erheben, der nur zur Unterstützung der Arbeitslosen Verwendung finden soll.

Unter Beschlußnumern machte Kollege Korsch die Mitteilung, daß die Möglichkeit besteht, durch Vermittlung des Kartells stützige Straßensprüche und Wägen zu beziehen. Bestellungen werden bei Kollegen Korbog Nordbeckerstr. 60 und bei Kollegen Korsch, Papentamp 7, entgegen genommen, wo auch Proben zur Besichtigung ausliegen.

Große Enttäufung wurde hervorgerufen, als einige Kollegen bei Reichsweit, die Art und Weise schilderten, wie die Vertrauensleute des Deutschen Metallarbeiterverbandes das Vertrauen der sogenannten Revisionen besorgen. Um unsere Kollegen irre zu führen, wurde behauptet, daß, gemäß Versammlungsbefehl, wir uns an dem Vertrauens betätigen würden.

Ein Teil der Kollegen hat sich dadurch auch heizen lassen. Kollege Korsch betonte, daß niemals eine Versammlung festgefunden hat, wo ein solcher Beschluß gefaßt wurde, daß wir auch niemals in einer Versammlung der freien Gewerkschaften, wo über die Angelegenheit beraten wurde, Zutritt hatten. Die freien Gewerkschaften scheinen die Schritte nur dann zu tun, wenn es heißt, Gelder einzusammeln. Rechte will man uns nicht zubilligen, und wenn wir keine Rechte haben, haben wir auch keine Pflichten. Darum müssen alle Ansuchen, Gelder für Zwecke zu sammeln, die uns nicht genau bekannt sind, und über deren Verwendung wir nicht mitzubestimmen haben, zurückgewiesen werden. Im weiteren Verlauf der Aussprache wurde das Verhalten des Deutschen Metallarbeiterverbandes, und besonders die Ungehörigkeit gewisser Vertrauens- und Obmann der Reichsvereine, einer sehr scharfen Kritik unterzogen.

Unsere Kollegen aber rufen wir zu: „Besucht die Vertrauensleute, holt euch, schafft Klärung, und laßt die Reihen des Deutschen Metallarbeiterverbandes. Dies ist das richtige Mittel, und die einen, reformen und knastigen Maulhelden vom Leibe zu halten.“